



15. September 2021



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit dem Ende der Sommerferien beginnt auch wieder die reguläre Arbeit im nordrhein-westfälischen Landtag.

In der letzten Woche hat die Landesregierung ihren letzten Haushalt unter Ministerpräsident Armin Laschet in den Landtag eingebracht. Es ist ein **Dokument der gebrochenen Versprechen**: Die Landesregierung gleicht Steuer- ausfälle aus dem Corona-Rettungsschirm aus und erzählt die Mär von einem ausgeglichenen Landeshaushalt, wäh- rend die finanziell ohnehin schon arg gebeutelten Kommunen lediglich Darlehen erhalten. Ein Skandal, welchen auch der Landesrechnungshof bereits gerügt hat.

Die großen Herausforderungen, die die Zukunft bereithält, können wir mit dieser Regierungspolitik nicht meistern. **Es muss endlich massiv investiert werden** – in bessere Bildung, in neue Technologien, in sichere Jobs. Unter Schwarz-Gelb gibt Nordrhein-Westfalen immer noch deutlich zu wenig Geld für die Förderung und Bildung eines Kindes aus. Armin Laschet wollte das eigentlich ändern. Hat er aber nicht.

Armin Laschet wollte auch die Ministerialbürokratie nicht weiter aufblähen, sondern verschlanken. Das Ergebnis: Mit dem Haushalt 2022 sind nun 6.600 Stellen in den Ministerien unseres Landes vorgesehen – das gleicht einer Stei- gerung um 1.087 Stellen und somit rund 20 Prozent im Vergleich zu 2017. Versprechen gebrochen!

Es ist Zeit für eine neue Regierung. Zeit für Klimaschutz, der Arbeit schafft. Zeit für Wohnungen, die sich Normal- verdienende leisten können. Zeit für Bildung, die jedem Kind beste Chancen ermöglicht.

Wir, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, können das besser. Die Zeit der Regierung Laschet ist längst abgelaufen.

Herzliche Grüße

Ihre

Heike Gebhard

S. Watermeier

Aus dem Landtag

Einbringung des Haushalt 2022



Kompaktinfo:
Haushalt 2022



NRW nach der Hochwasserkatastrophe

Die dramatischen Folgen der Hochwasserkatastrophe im Juli sind noch lange nicht überwunden. Zu groß ist der Schaden und das Elend, das sie über viele Menschen gebracht hat. Weiterhin ist schnelle und unbürokratische Hilfe für die betroffenen Gebiete erforderlich. Familien, Vereine, Unternehmen und Kommunen brauchen Unterstützung beim Wiederaufbau.

Wir müssen außerdem dafür sorgen, dass sich eine derart schlimme Katastrophe nicht wiederholt. In unserem Antrag haben wir daher Maßnahmen für eine bessere Vorbeugung gefordert – auf öffentlicher wie auf privater Seite.

49 Menschen haben in der größten Naturkatastrophe unseres Landes ihr Leben verloren. Hätten diese Menschenleben gerettet werden können? Wir haben der Landesregierung acht Wochen Zeit gegeben, unseren Fragenkatalog zu dieser Katastrophe zu beantworten. Die Antworten bleiben aus – auch in den Fachausschüssen. Für uns ist daher klar:

Die parlamentarische Aufarbeitung muss in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss erfolgen. Diesen haben wir gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen durchgesetzt. Wir sind den Menschen in unserem Land die Antworten schuldig.

Schnelle Hilfe -
Bessere Prävention

Offene Fragen zur
Hochwasserkatastrophe

Teilhabe statt Ausgrenzung – mit der doppelten Staatsbürgerschaft

Über 60 Jahre lang in Deutschland malochen, aber in der Wahlheimat nicht wählen dürfen?

Traurige Realität für viele Menschen – insbesondere aus der ersten Einwanderungsgeneration. Diese politische Ausgrenzung wollen wir nicht länger hinnehmen: Wir fordern die doppelte Staatsbürgerschaft für alle sowie erleichterte Einbürgerungsbedingungen für die Menschen dieser ersten Generation.

SPD-Antrag:
Teilhabe statt Ausgrenzung



Foto: www.pixabay.com

Kindern und Jugendlichen die Chance zur Mitbestimmung geben

Junge Menschen sind frustriert und fühlen sich nicht ernst genommen. Wie kann Politik Voraussetzungen und Strukturen schaffen, um ihnen mehr Beteiligung und Mitbestimmung zu ermöglichen?

Gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen haben wir im August diskutiert, wie eine eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik aussehen muss. Die daraus entstandenen Ideen, und insbesondere die Forderung nach permanenten Partizipationsmöglichkeiten haben wir mit unserem Antrag in den Landtag eingereicht.

SPD-Antrag:
Einmischende Kinder- und Jugendpolitik



Foto: www.pixabay.com

Mehr Plätze, mehr Qualität, mehr Bildung – mehr Ganztag

Kinder und Jugendliche, die regelmäßig an guten Ganztagsangeboten teilnehmen, lernen erfolgreicher.

Eine ausgefeiltere Ganztagsoffensive muss her – mit einheitlichen Standards für Qualität, Räume und Personal. Der Ganztag muss beste Bildungschancen bieten und endlich einen klaren Bildungsauftrag erhalten. Dafür bedarf es unter anderem sicherer Arbeitsverhältnisse für die Beschäftigten und der Gebührenfreiheit für Familien.

Kompaktinfo und Familienoffensive



Foto: www.pixabay.com

SPD-Antrag:
Eine Ganztagsoffensive für NRW

Mehr Unterstützung für kommunale Impfangebote



Foto: SPD-Landtagsfraktion

Seit Ende August hat die Stadt Duisburg rund 2.500 Schülerinnen und Schüler mit Shuttle-Bussen ins Impfzentrum gefahren. Die daraus entstandenen Kosten in Höhe von 27.000 Euro möchte das Land aber nicht übernehmen.

Für uns ist klar: Derartige Impfaktionen müssen aus dem NRW-Rettungsschirm finanziert werden, nicht von der Kommune. Im Rahmen einer von uns eingereichten Aktuellen Stunde haben wir unseren Standpunkten Nachdruck verliehen.

SPD-Antrag:
Mehr Unterstützung für
kommunale Impfangebote

Günstigen Wohnraum für Studierende fördern



Foto: www.pixabay.com

Lediglich sieben Prozent der Studierenden in NRW leben in einem öffentlich geförderten Wohnheim – weniger als in den meisten anderen Bundesländern. Ein Grund: Günstiger Wohnraum für Studierende wird immer knapper und knapper.

Es bedarf unter anderem mehr öffentliche Zuschüsse für Wohnheimneubauten. Außerdem benötigen die Studierendenwerke kostengünstigere Grundstücke, auf denen mehr neue Unterkünfte entstehen können.

SPD-Antrag:
Günstiger Wohnraum
für Studierende

Aus dem Wahlkreis

Vorfall am Rande des CSD Gelsenkirchen

Der Vorfall am Rande der Christopher Street Day-Kundgebung im August war und ist ein Angriff auf die queere Community in unserer Stadt. Das dürfen und werden wir Demokratinnen und Demokraten nicht hinnehmen. Unsere Stadt ist und bleibt bunt und vielfältig und das ist auch gut so!

In einem Schreiben an den Innenminister des Landes NRW, Herbert Reul, hat Sebastian Watermeier diesen Vorfall zum Anlass genommen, um ihm nochmals die Sorge hinsichtlich der Personalausstattung der Gelsenkirchener Polizei mitzuteilen. Eine Reaktionszeit von einer halben Stunde auf einen Notruf im Innenstadtbereich einer Großstadt, die sich erkennbar auf eine zu dünne Personalausstattung der örtlichen Polizeibehörde im Streifendienst zurückführen lässt, erzeugt bei den Menschen großes Unverständnis und Angst angesichts der Frage, wie lange man denn bei eigener Betroffenheit auf Hilfe warten müsste.

Aus vielen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern aus dem Wahlkreis kann man entnehmen, dass es hinsichtlich des Sicherheitsbedürfnisses der Menschen in Gelsenkirchen noch erheblichen Verbesserungsbedarf gibt.

Dem können wir nur mit einer angemessenen Personalausstattung entgegenreten!



Podiumsdiskussionen: Tagung der Patientenfürsprechenden, Gesundheitskongress des Westens, 50 Jahre LAG Selbsthilfe, 14. Westfälischer Ärztetag



Landesweit nahm die Gelsenkirchener Landtagsabgeordnete Heike Gebhard in den letzten Wochen an mehreren gesundheits- und sozialpolitischen Podiumsdiskussionen teil. Beim Westfälischen Ärztetag in Münster diskutierte sie mit Bundestagsabgeordneten der anderen demokratischen Fraktionen über die Wahlprogramme zur Bundestagswahl. In Köln fand der jährliche Gesundheitskongress des Westens statt. Eine der vielen Podiumsdiskussionen widmete sich der Erneuerung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Heike Gebhard unterstrich dabei die Position der SPD-Landtagsfraktion, dass nicht zuletzt die Corona-Pandemie gezeigt habe, dass der Öffentliche Gesundheitsdienst finanziell besser ausgestattet werden und seine Kompetenzen angepasst werden müssen, damit er seine Aufgaben in der Gesundheitsvorsorge erfüllen kann. Ebenfalls auf dem Programm der letzten Wochen: Das landesweite Treffen der Patientenfürsprecherinnen und –fürsprecher in Krefeld. Neben der politischen Unterstützung für die ehrenamtliche Arbeit der Fürsprechenden stand der hohe Stellenwert einer patientenorientierten, sektorenübergreifenden Gesundheitsversorgung.

Als Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales wurde Heike Gebhard zur Feier „50 Jahre LAG Selbsthilfe“ nach Münster eingeladen. 1971 haben sich mehrere Selbsthilfe-Organisationen aus Nordrhein-Westfalen zur Landesarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, um in NRW in Eigenregie die Interessen der Menschen mit Behinderung/chronischer Erkrankung und ihrer Angehörigen gegenüber Regierung, Parlament und gesellschaftlichen Gruppen zu vertreten.

Heute besteht die Organisation aus 140 Verbänden behinderter und chronisch kranker Menschen und 27 örtlichen Interessenvertretungen der Behinderten- und Gesundheitsselfhilfe. Die LAG SELBSTHILFE NRW ist eine Plattform, um ihre Interessen in der allgemeinen und politischen Öffentlichkeit zu vertreten.

„Für uns als Politik ist die LAG Selbsthilfe ein wichtiger Ansprechpartner. Die Betroffenen wissen in eigener Sache sehr gut, an welcher Stelle politischer Handlungsbedarf besteht und daher ist es Aufgabe von Politik, sie an den politischen Prozessen zu beteiligen. Auch in Münster habe ich am Rande meiner Podiumsdiskussion einige aufschlussreiche Gespräche geführt und Anregungen mitgenommen“, so Heike Gebhard.

Rechts im Bild: Heike Gebhard im Gespräch mit Gülay Acar von der [Fachstelle für ergänzende und unabhängige Teilhabeberatung \(EUTB\)](#) in Gelsenkirchen.



Besuch bei der RheinFlanke an der Bochumer Straße

Mit der RheinFlanke hat sich eine weitere Trägerin, die sich für die sportbezogene Jugend- und Bildungsarbeit im Quartier einsetzt, an der Bochumer Straße angesiedelt.

Worum genau es dabei geht? Das Ziel der RheinFlanke ist es, Kinder und Jugendliche möglichst niedrigschwellig zu erreichen, um schließlich über sportliche Aktivitäten den Kontakt aufbauen zu können. Neben der Vermittlung von Kompetenzen soll der Kontakteinstieg auch als Brücke für weitere Beratungs- oder Unterstützungsangebote dienen. Martin Weijers, der Standortleiter in Gelsenkirchen, brachte im Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Markus Töns und dem Landtagsabgeordneten Sebastian Watermeier seine Vorstellung der Projektarbeit zum Ausdruck.

Den Ansatz Kinder und Jugendlichen aufzusuchen, und mit ihnen über die sportliche Schiene in Kontakt zu treten, ist ein weiteres Element einer erfolgreichen Jugendarbeit. Dabei wird die Rheinflanke nicht nur in Ückendorf, sondern auch in den anderen Stadtteilen unterwegs sein.



Foto: Büro Watermeier

Heike Gebhard und Sebastian Watermeier:

„Personalmangel an Gelsenkirchener Grundschulen muss dringend bekämpft werden – Landesregierung ist gefordert“

Landesweit sind seit Jahren viele Lehrstellen an Schulen unbesetzt. Die Landesregierung selbst beziffert die Zahl auf rund 3.600. Unbesetzte Stellen können aber nicht unterrichten. Besonders betroffen sind Grundschulen – auch in Gelsenkirchen. So kann an 16 von 39 Gelsenkirchener Grundschulen nicht einmal der gesamte Regelbedarf vom Lehrpersonal gedeckt werden – von einem Sozialindex, der die besonderen Herausforderungen in benachteiligten Stadtteilen einbezieht, ganz zu schweigen.

„Besonders in Kommunen mit großer sozialer Ungleichheit fallen fehlende Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen ins Gewicht. Chancengleichheit für alle Kinder kann es nur geben, wenn man auf ihre individuellen Bedürfnisse eingehen kann. An Grundschulen werden die wichtigsten Grundlagen für die weitere Schullaufbahn geschaffen“, so die Gelsenkirchener Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier.

„Dass sich vor allem an unseren Grundschulen ein solches Bild zeigt, ist kein Zufall. Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen verdienen bei gleicher Ausbildungsdauer weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen an anderen Schulformen“, behaupten die Gelsenkirchener Landtagsabgeordneten, „Seit Jahren fordern wir als SPD-Landtagsfraktion von der Landesregierung, endlich die gleiche Besoldung für Lehrerinnen und Lehrer an allen Schulformen einzuführen. Nur so können wir endlich die unbesetzten Stellen an unseren Grundschulen besetzen. Im Sinne unserer Kinder ist das längst überfällig.“